

Kommunalpolitischer Kongress am 27. August 2011 in Hannover

Protokoll des Workshop 5: Generationsübergreifende und solidarische Kommunen

Gegenstand des Workshops waren der demographische Wandel in den Kommunen sowie die damit verbundenen Herausforderungen für die Politik. Zur Einleitung gab es drei kurze Statements aus unterschiedlichen Kommunen. Die Moderation übernahm Dagmar Zoschke, MdL Sachsen-Anhalt und Mitglied des Bundesvorstandes DIE LINKE, die seit 1994 Stadträtin und Vorsitzende des Sozialausschusses in Bitterfeld-Wolfen sowie Kreistagsabgeordnete und Vorsitzende Ausschusses für Soziales und Gesundheit in Anhalt-Bitterfeld ist.

Als Erste schilderte Dagmar Pohle, die Bürgermeisterin von Marzahn-Hellersdorf die demographischen Herausforderungen in ihrem Bezirk sowie die eingeleiteten Maßnahmen zu deren Bewältigung. Marzahn-Hellersdorf ist seit 20 Jahren vom demographischen Wandel betroffen und das Durchschnittsalter der Einwohnerinnen und Einwohner beträgt derzeit 43 Jahre. Diese Entwicklung wirkt sich auch auf den Bedarf nach Bildungseinrichtungen aus. Während Mitte der 1990er Jahre noch 60.000 Schülerinnen und Schüler die Schulen des Bezirks besuchten, ist deren Zahl mittlerweile auf 20.000 zurück gegangen. Die Nachfrage nach Kitaplätzen ist ebenfalls rückläufig. Um in Zukunft mehr Mittel für freiwillige Leistungen zur Verfügung stellen zu können, wurden daher Mittel des Stadtumbaus Ost genutzt, um entsprechende Rückbaumaßnahmen zu finanzieren. Gleichzeitig wurde das Betreuungsangebot für Kinder verbessert. Derzeit hat jedes Kind einen Rechtsanspruch auf einen dreijährigen kostenlosen Kindergartenbesuch. Ab 2013 soll dieser Anspruch ab dem ersten Lebensjahr gelten. Die Kosten für diesen Ausbau des Betreuungsangebots belaufen sich derzeit auf 54 Millionen Euro. Besondere Herausforderungen ergeben sich auch aus dem Umstand, dass der Anteil alleinerziehender Mütter in Marzahn-Hellersdorf der höchste in ganz Berlin ist. Etwa Zwei Drittel der Kinder werden nicht in festen Partnerschaften geboren und viele junge Mütter haben keinen Berufsabschluss. (Die Gesamtarbeitslosenquote beträgt 13 Prozent.) Um trotzdem allen Kindern des Bezirks sinnvolle und abwechslungsreiche Ferien zu ermöglichen, bietet die Bezirksverwaltung für alle Grundschul Kinder sog. Bezirksferien an, bei denen gemeinsame Ausflüge u.ä. unternommen werden.

Zu der Situation im Landschaftsverband Westfalen-Lippe berichtete Barbara Schmidt, Mitglied der Landschaftsversammlung Westfalen-Lippe und des Rates der Stadt Bielefeld. Zunächst erläuterte sie den Aufbau und die Funktion des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe (LWL). Der LWL ist ein Kommunalverband mit 8,3 Millionen Einwohnern, der von neun kreisfreien Städten und 18 Kreisen getragen und finanziert wird. Der LWL hat u.a. kommunale Aufgaben in der Behindertenpolitik (Eingliederungshilfe) sowie bestimmte Landesaufgaben (z.B. Maßregelvollzug, Kinder- und Jugendhilfe) übernommen. Vier Fünftel des LWL-Haushalts fließen in soziale Aufgaben. Finanziert wird dieser Haushalt im Wesentlichen von den Kreisen und kreisfreien Städten. Die Höhe der Umlage an den LWL ist jedoch immer wieder Gegenstand politischer Auseinandersetzungen. Einzelne Mitglieder der Landschaftsversammlung überbieten sich immer wieder mit Forderungen diese Umlage so niedrig wie möglich zu halten. Dadurch wird die Aufgabenwahrnehmung durch den LWL stark erschwert.

Antje Jansen, MdL Schleswig-Holstein und Mitglied der Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck berichtete von der Situation in Lübeck. Dort regierte die CDU bis 2008 alleine und hatte in dieser Zeit die Ausgaben im Sozialbereich stark zurückgefahren. Derzeit regiert ein rot-rot-grünes Bündnis, dem es gelungen ist, die sozialen Zuschüsse wieder auf das Niveau von 2005 anzuheben. Zusätzlich erschwert wird die Situation dadurch, dass Schleswig-Holstein mittlerweile eine „Schuldenbremse“ eingeführt hat und dementsprechend weniger Landesmittel zur Verfügung stehen. Konkret gefährdet sind auch zwei Mehrgenerationenhäuser, da die Bundesförderung ausgelaufen ist.

In der anschließenden Diskussion wurde zunächst die Frage aufgeworfen, wie der LWL vor dem Hintergrund seiner Größe die Erreichbarkeit seiner Einrichtungen sicherstellt.

Barbara Schmidt erklärte, dass die Beförderung zwar gewährleistet sei, die Fahrer aber unter äußerster ungünstigen Bedingungen arbeiten würden. Der LWL hoffe deshalb, dass sich die Situation durch das nordrhein-westfälische Tariftreuegesetz verbessern würde.

Zu Lübeck erklärte Antje Jansen auf Nachfrage noch, dass der Anteil von Ganztagsplätzen an der Gesamtzahl der Kindergartenplätze 70 % betrage. Positiv sei, dass jetzt auch Naturkindergärten acht Stunden am Tag geöffnet bleiben dürften, so dass ein höherer Versorgungsgrad mit Ganztagskindergartenplätzen erreicht werden könne.

Dagmar Pohle erläuterte auf eine entsprechende Nachfrage, dass in Marzahn-Hellersdorf derzeit zwar grundsätzlich genügend (Ganztags-) Kindergartenplätze vorhanden seien, der Bezirk aber Probleme habe, sämtliche offenen ErzieherInnen-Stellen zu besetzen.

Anschließend wurden Vorschläge für gemeinsame bzw. parallele Aktionen LINKER Mandatsträger in unterschiedlichen Kommunen diskutiert.

Ein Vorschlag bestand darin, sich gemeinsam gegen die Kürzungen in dem Programm Soziale Stadt zu wehren. So könnten z.B. parallel Resolutionen eingebracht werden, die von Bund und Ländern die unveränderte Fortzahlung der Mittel für dieses Programm fordern. Daneben sollte aber auf bundespolitischer Ebene geprüft werden, ob man nicht auch die Förderkriterien des Programms verändern müsste. Das Ziel müsste hierbei sein weniger die klassischen investiven Maßnahmen, sondern eher Projekte zu fördern.

Ein weiterer Vorschlag für ein abgestimmtes Vorgehen bestand darin, in den jeweiligen Kommunen Nachfragen nach den konkreten Gründen des aktuellen Schuldenstandes zu stellen. Ziel einer solchen Aktion sei es auch gegenüber der Bevölkerung aufzeigen zu können, welche kommunalen Entscheidungen den aktuellen Schuldenstand mit verursacht haben und in welchem Umfang Steuerrechtsänderungen bzw. Aufgabenübertragungen und -erweiterungen des Bundes zu den kommunalen Schulden geführt haben. Interessant könnte hierbei auch ein Zusammenwirken mit Bundesländern wie Bremen und Berlin sein.

Dagmar Zoschke appellierte in diesem Zusammenhang an die anwesenden kommunalen Mandatsträgerinnen und Mandatsträger der LINKEN möglichst zahlreich der BAG Kommunales beizutreten. Nur so könne die notwendige Vernetzung erreicht werden, die notwendig ist um gemeinsame und abgestimmte Aktionen in den Kommunen durchführen zu können.

Fazit:

Am Ende der Diskussion trafen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer folgende Vereinbarungen:

- Den Aussagen zum Thema Generationenübergreifende und solidarische Kommunen in dem Entwurf für eine Hannoveraner Erklärung wir zugestimmt.
- Die BAG Kommunales erhält den Auftrag nach Themenfeldern zu suchen, in denen kommunale Mandatsträgerinnen und Mandatsträger der LINKEN in verschiedenen Kommunen koordiniert Initiativen oder Anfragen einreichen können.
- Zwischen den einzelnen LINKEN Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern soll eine stärkere Vernetzung stattfinden.
- Gemeinsam mit dem finanzpolitischen Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Bundestag Axel Troost soll geprüft werden, ob die in der Diskussion vorgeschlagene koordinierte Anfrage in unterschiedlichen Kommunen nach der konkreten Herkunft der Schulden sinnvoll und umsetzbar ist.